

Ein klares Signal für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Die Diskussion über Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland ist emotional aufgeladen. Doch wie erleben Ärztinnen und Ärzte diesen sensiblen Bereich in ihrem Berufsalltag? Vor welchen persönlichen und juristischen Herausforderungen stehen sie, wenn sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen? Und welche Impulse konnte der 129. Deutsche Ärztetag (DÄT) Ende Mai in Leipzig setzen? Darüber sprachen wir nach dem DÄT mit Dr. Marlene Lessel, 2. Vizepräsidentin der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) und Abgeordnete zum DÄT. Ein Austausch über ärztliche Verantwortung und gesellschaftlichen Druck.

Frau Dr. Lessel, wie erleben Sie die derzeitige Diskussion um Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland?

Die Debatte über die §§ 218 ff. des Strafgesetzbuchs (StGB) ist intensiv, emotional und leider oft ideologisch geprägt. Dabei wäre eine sachliche und ausgewogene Auseinandersetzung dringend erforderlich. Aus ärztlicher Sicht müssen sowohl das Recht der Frau auf Leben, Gesundheit und Selbstbestimmung als auch das Recht des Ungeborenen auf Leben berücksichtigt werden – beides ist im Grundgesetz verankert. Aus ethischer Perspektive gibt es unterschiedliche Auffassungen zum Schutz des Embryos und Fetus, die alle ihre Berechtigung haben. Aus Sicht des Staates, der eine allgemein gültige Regelung für alle Frauen schaffen muss, ist eine differenzierte Abwägung notwendig.

In der täglichen Praxis erleben wir, dass Frauen ihre Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch nicht leichtfertig treffen. Ein niedrigschwelliges, neutrales Beratungsangebot ist daher essenziell. Die ärztliche Aufgabe besteht darin, individuelle Entscheidungen zu respektieren und medizinisch fundiert zu begleiten – doch die derzeitige strafrechtliche Regelung erschwert diesen Prozess erheblich.

Welche Hürden gibt es für Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen?

Die strafrechtliche Einordnung von Schwangerschaftsabbrüchen erzielt eine klare Wirkung: Sie werden als rechtswidrig, unmoralisch und gesellschaftlich nicht akzeptiert wahrgenommen. Ärztinnen und Ärzte, die solche Eingriffe vornehmen, sehen sich immer wieder Drangsalierungen, Bedrohungen und Anfeindungen ausgesetzt.

Zusätzlich sorgen die rechtlichen Unsicherheiten dafür, dass sich viele Medizinerinnen und Mediziner in der Aus-, Weiter- und Fortbildung gar nicht erst mit dem Thema beschäftigen möchten. Dies reduziert letztlich auch die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschafts-



Dr. Marlene Lessel, 2. Vizepräsidentin der BLÄK

abbrüche überhaupt anbieten. Besonders in ländlichen Regionen fehlen daher strukturelle Angebote – eine erhebliche Einschränkung für betroffene Frauen.

Wie bewerten Sie die Beschlüsse des Deutschen Ärztetags in Leipzig zu diesem Thema?

Ich begrüße es ausdrücklich, dass der 129. Deutsche Ärztetag in Leipzig ein klares Signal für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen gesetzt hat. Würden politische Entscheidungsträgerinnen und -träger einen Abbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche außerhalb des Strafgesetzbuches ermöglichen, könnte dies positive Effekte haben: Es würde gesellschaftliche Stigmata abbauen, die Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte würde gestärkt, und die gute medizinische Versorgung von Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, könnte weiterhin und auch flächendeckend gewährleistet werden.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Versorgung und Beratung in diesem sensiblen Bereich?

Die Entkriminalisierung ist der wichtigste Schritt. Gleichzeitig braucht es eine verbindliche, aber ergebnisoffene Beratung, die Frauen in ihrer individuellen Entscheidungsfindung unterstützt.

Darüber hinaus müssen Hilfsangebote vor, während und nach der Schwangerschaft ausgebaut werden. Letztendlich ist eine flächendeckende Versorgung mit operativen und medikamentösen Abbruchmöglichkeiten in erreichbarer Entfernung entscheidend, um Frauen medizinisch bestmöglich zu begleiten. Ebenso braucht es unbedingt mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten und ausreichend bezahlbaren Wohnraum, denn in diesen Bereichen ist die Unterstützung von Frauen und ihren Familien noch immer unzureichend.

*Vielen Dank für das Gespräch!
Die Fragen stellte Florian Wagle (BLÄK)*